



II- ~~774~~ der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
 XIII. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich
 DER BUNDESKANZLER
 Z1.33.065-PrM/72

309 /A.B.

zu 307/J
2. Mai 1972
Präs. an

An den

Präsidenten des Nationalrates
 Herrn Anton BENYA

Die Abgeordneten zum Nationalrat REGENSBURGER, Dr.LEITNER, Dr. ERMACORA, Dr. KEIMEL und Genossen haben am 14.März 1972 unter der Nr. 307/J an mich eine schriftliche Anfrage gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat:

"In den österreichischen Tageszeitungen (etwa Tiroler Tageszeitung vom 2.2.1972) wurde Anfang Februar ein "offener Brief" der Zeitungsherausgeber veröffentlicht, der auf die prekäre Situation der österreichischen Presse aufmerksam machen sollte.

Dieser Brief lautet:

Offener Brief der Zeitungsherausgeber

Die österreichische Presse ist bedroht. Ständig steigende Kosten und Verluste an Einnahmen haben die österreichische Presse schwersten Belastungen ausgesetzt.

In dieser Situation sieht sich der Verband Österreichischer Zeitungsherausgeber und Zeitungsverleger gezwungen, der österreichischen Bundesregierung, den im Nationalrat vertretenen Parteien sowie den zuständigen Instanzen von Ländern und Gemeinden die Situation der österreichischen Presse vor Augen zu führen und eine gewichtige finanzielle Entlastung zu verlangen. Der Verband hat den folgenden

OFFENEN BRIEF

an die genannten Institutionen gerichtet:

"Pressefreiheit und Demokratie sind untrennbar miteinander verbunden. Die eine kann es ohne die andere nicht geben. Die Pressefreiheit kann jedoch durch eine verfassungsmäßige Ga-

./. .

- 2 -

rantie allein nicht gesichert werden, sie ist auch durch eine Reihe weiterer Maßnahmen sicherzustellen. Die Pressefreiheit ist bei uns heute zwar nicht politisch, wohl aber materiell bedroht. Dem Verlust von Einnahmen durch das Auftreten neuer Kategorien von Werbeträgern steht das rapide Ansteigen der Ausgaben durch eine rasche Zunahme der Produktions- und Vertriebskosten sowie ein regelmäßiges Ansteigen der Gebühren und Steuern gegenüber.

So mußten die österreichischen Zeitungen in den letzten Jahren einschließlich der bereits angekündigten und bevorstehenden Erhöhungen eine Steigerung der Druckpreise um mehr als 25 Prozent, Steigerung der Kosten für Bahn- und Postversand von 30 und mehr Prozent, Erhöhungen der Gehälter und Löhne allein seit dem Jahre 1969 um 26 Prozent und nicht zuletzt drastische Erhöhungen vieler Nebenkosten hinnehmen.

Dieser Entwicklung sind in wenigen Jahren bereits acht österreichische Tageszeitungen und 21 Wochenzeitungen zum Opfer gefallen. Mit dem Verlust der Vielfalt geht ein guter Teil der freien Meinungsbildung verloren, wie eine Reihe ausländischer Beispiele zeigt, und letztlich wird dadurch die Pressefreiheit ernstlich bedroht. In manchen Staaten wurden daher bereits staatliche Maßnahmen getroffen, um die Aufrechterhaltung der Meinungsvielfalt und damit der Pressefreiheit im eigentlichen Sinne zu gewährleisten. So etwa eine echte Befreiung von der Mehrwertsteuer, die Förderung von Investitionskrediten für Zeitungsunternehmen, die Einräumung von Sondertarifen im Bahn- und Postverkehr und Förderungsmaßnahmen beim Bezug von Papier.

Im Hinblick auf die gegenwärtige Situation und die angestellten Überlegungen erwartet und fordert die österreichische Presse daher Maßnahmen, die zu einer spürbaren Entlastung führen, wobei dies insbesondere auf dem Gebiete der Steuergesetzgebung und Tarifgestaltung naheliegt, aber auch andere Maßnahmen in Erwägung zu ziehen sein werden.

Der Verband Österreichischer Zeitungsherausgeber und Zeitungsverleger übermittelt zu diesem Zweck ein Forderungsprogramm,

./. .

- 3 -

dessen Verwirklichung zu einer Sicherung der Vielfalt der Meinungsbildung in Österreich und damit einer echten Pressefreiheit dient"

Dieser offene Brief der Zeitungsherausgeber war auch Gegenstand der Beratungen des Ministerrates am 8. Feber 1972.

Es wurde eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Bundeskanzler, Vizekanzler, Finanz-, Justiz- und Handelsminister gebildet, die existenzsichernde Möglichkeiten für die Zeitungen suchen sollten.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher die

A n f r a g e:

- 1.) Wie oft ist diese Arbeitsgruppe, die im Ministerrat vom 8.2.1972 beschlossen wurde, mittlerweile zusammengetreten?
- 2.) Was war das Ergebnis dieser Beratungen?
- 3.) Sind Sie bereit, dem Nationalrat über diese Ergebnisse zu berichten?"

Ich beeindre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu Frage 1 :

Diese Arbeitsgruppe der Bundesregierung zur Behandlung von Problemen der österreichischen Zeitungsherausgeber ist bis zum heutigen Tag zweimal zusammengetreten. In einer ersten Sitzung wurde der vom Verband österreichischer Zeitungsherausgeber und Zeitungsverleger und vom Österreichischen Zeitschriftenverband an die Bundesregierung herangetragene Katalog über mögliche Maßnahmen zur Unterstützung der Zeitungen einer allgemeinen Diskussion unterzogen und abschließend beschlossen, die Vertreter der österreichischen Zeitungsherausgeber zu einem Kontaktgespräch mit den Mitgliedern dieses Ministerkomitees einzuladen.

Die zweite Sitzung des Ministerkomitees fand am 13. März 1972

./.;

- 4 -

im Bundeskanzleramt statt. Seitens der Bundesregierung nahmen daran neben dem Bundeskanzler, Vizekanzler Ing. HÄUSER, sowie die Bundesminister Dr. ANDROSCHE, Dr. BRODA, FRÜHBAUER und Dr. STARIBACHER teil. Seitens der Zeitungsherausgeber nahmen daran als Vertreter des Verbandes österreichischer Zeitungsherausgeber und Zeitungsverleger dessen Präsident Dr. Hans SASSMANN, dessen Vizepräsident Harald EGGER, dessen Generalsekretär Dr. Walter SCHAFFELHOFER und seitens des Österreichischen Zeitschriftenverbandes dessen Präsident Kommerzialrat Alois HAILWAX und dessen Vizepräsident Dir. Dr. Josef ENIGL teil. Neben diesen Personen nahmen 24 weitere Persönlichkeiten als Vertreter ihrer Zeitungen und Zeitschriften an dieser Aussprache mit Vertretern der Bundesregierung teil.

Zu Frage 2 :

Nach einer eingehenden Darstellung der Wünsche der Zeitungsherausgeber und Zeitschriftenherausgeber kam es zu einer detaillierten Diskussion als deren Ergebnis beschlossen wurde, ein kleines Kontaktkomitee bestehend aus den Vertretern der beiden Verbände und aus Mitgliedern der Bundesregierung ins Leben zu rufen, dessen Aufgabe es sein wird, Lösungen auf verschiedenen Gebieten zu erarbeiten, mit dem Ziel, die wirtschaftliche Situation der österreichischen Zeitschriften und Zeitungen zu verbessern.

Zu Frage 3 :

Ich bin bereit, nach Abschluß dieser Gespräche, dem Nationalrat hierüber zu berichten.

